



**GEMEINDE ST. ANDRÄ IM LUNGAU**

St. Andrä 16

5572 St. Andrä im Lungau

T: 06474/2283

E: tvb@st-andrae.salzburg.at

--

--

## Vollendungsanzeige - Bauliche Maßnahme gem. § 17 BauPolG

(zutreffendes bitte ankreuzen ☒ bzw. nichtzutreffendes streichen und weiße Felder ausfüllen)

Bauherr(in)	
Familienname oder Bezeichnung der juristischen Person	Vorname(n)
Straße, Haus-Nr., Stock	
PLZ	Ort
Telefon-Nr.	E-Mail

Angaben zum Bauvorhaben	
Grundstücks Nr.	Einlagezahl
Grundbuch der Katastralgemeinde	Bezirksgericht
Straße, Haus-Nr., Stock	
PLZ	Ort
Bezeichnung der baulichen Maßnahme	
<input type="checkbox"/> bewilligt mit Bescheid vom _____ Zl. _____	

Angaben zum Bauausführenden gem. § 11 Abs. 1 BauPolG	
Familienname oder Bezeichnung der juristischen Person	Vorname(n)
Straße, Haus-Nr., Stock	
PLZ	Ort
Telefon-Nr.	E-Mail

Angaben zum Bauführer gem. § 11 Abs. 2 BauPolG	
Familienname oder Bezeichnung der juristischen Person	Vorname(n)
Straße, Haus-Nr., Stock	
PLZ	Ort
Telefon-Nr.	E-Mail

<b>Die folgende Vollendung der baulichen Maßnahme wird hiermit angezeigt:</b> <input type="checkbox"/> vollständige Fertigstellung <input type="checkbox"/> teilweise Fertigstellung <input type="checkbox"/> Benützungsaufnahme des Baues
---

Bei Neubauten ist ein Plan (verfasst von einem hierzu Befugten), über die genaue Lage des Baues, entsprechend der Vermessungsverordnung BGBl. Nr. 562/1994, vorzulegen. Es sei denn, der Bauherr verpflichtet sich bei einer von der Gemeinde durchgeführten oder veranlassten Vermessung, die auf ihn entfallenden anteiligen Kosten, aller in einem bestimmten Zeitraum neu errichteten Bauten, zu übernehmen.

- Plan liegt bei
- Zustimmung zur anteiligen Kostentragung einer von der Gemeinde durchgeführten oder veranlassten Vermessung wird erteilt.

(Datum, Ort)

(Unterschrift Bauherr/in)

Der Vollendungsanzeige sind nachstehende, in der Baubewilligung vorgeschriebenen Befunde und Bescheinigungen angeschlossen:

- Überprüfungsbefund eines Rauchfängermeisters** über die vorschriftsmäßige Ausführung der Rauch- und Abgasfänge von Feuerstätten;
- Überprüfungsbefund eines befugten Elektrotechnikers** über die vorschriftsmäßige Ausführung der Elektroinstallationen;
- Energieausweis der Fertigstellung** nach Maßgabe des § 17a;
- sonstige Überprüfungsbefunde und Bescheinigungen von Sachverständigen und befugten Unternehmern über die ordnungsgemäße Ausführung bestimmter Teile der baulichen Anlage, insbesondere betriebstechnischer Einrichtungen (**Bestätigung Kanalanschluss**);
- die Bescheinigung eines Sachverständigen oder befugten Unternehmers über die ordnungsgemäße Ausführung der Feuerlösch- und Brandmeldeeinrichtungen (ausgenommen Handfeuerlöscher), Brandrauchabsauganlagen, mechanische Lüftungsanlagen und CO-Überwachungsanlagen;
- Überprüfungsbefund eines Sachverständigen oder befugten Unternehmers über die Einhaltung des Mindestschallschutzes, ausgenommen bei Einfamilienhäusern;

Es wird gemäß § 17 Abs. 1 BauPolG angezeigt, dass die bauliche Maßnahme vollendet, bei Bauten bzw. einzelner, für sich benutzbarer und zur Benützung vorgesehener Teile von Bauten die Aufnahme der Benützung derselben erfolgt. Gleichzeitig wird hinsichtlich der nachstehend beschriebenen, geringfügigen Abweichungen ersucht, diese zu genehmigen bzw. zur Kenntnis zu nehmen. Der Bauherr ist in Kenntnis, dass eine Aufnahme der Benützung des Baues oder einzelner Teile nur erfolgen darf, wenn die gegenständliche Anzeige vollständig eingebracht ist.

....., .....,  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift des Bauherrn

Der Bauausführende oder der Bauführer, soweit ein solcher gemäß § 11 Abs. 1 bzw. 2 BauPolG zu bestellen war bestätigt gemäß § 17 Abs. 2 Z 1 BauPolG die der Bewilligung bzw. der Kenntnisnahme der Bauanzeige gemäße und den Bauvorschriften entsprechende Bauausführung unter Angabe folgender, geringfügiger Abweichungen (Beschreibung der Abweichungen):

- Keine
- 1.
- 2.
- 3.

....., .....,  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift des Bauführers (Stempel)

Bitte beachten Sie insbesondere auch die Hinweise auf der nachfolgenden Seite!

**Bitte beachten Sie insbesondere auch folgende Hinweise<sup>1</sup>:**

- Mit der Vollendung der baulichen Maßnahme ist der Bauherr verpflichtet, Beeinträchtigungen, welche Grundflächen durch die bauliche Maßnahme erfahren haben, auch ohne behördlichen Auftrag zu beheben und einen ordnungsgemäßen Zustand herzustellen; hierzu gehört auch die vollständige Entfernung der Baustelleneinrichtung (§ 17 Abs. 6 BauPolG).
- Der Eigentümer eines Baues hat dafür zu sorgen, dass dieser auf die Dauer seines Bestandes einschließlich seiner technischen Einrichtungen in gutem, der Baubewilligung und den für den Bau maßgeblichen Bauvorschriften entsprechendem Zustand erhalten wird. Er ist zur Beseitigung von Baugebrechen auch ohne besonderen Auftrag der Baubehörde verpflichtet. Dies gilt auch für sonstige bauliche Anlagen. (§ 19 Abs. 1 BauPolG).
- Die einzelnen Teile eines Baues dürfen nur in einer der festgelegten (§ 9 Abs. 4) oder mangels einer solchen der aus der baulichen Zweckbestimmung hervorgehenden Art des Verwendungszweckes entsprechenden und mit den im § 9 Abs. 1 Z 1 angeführten raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen übereinstimmenden Weise und nur so benützt werden, dass die Festigkeit und die Brandsicherheit des Baues und seiner einzelnen Teile sowie die Sicherheit der Bewohner nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt insbesondere auch für die Aufstellung von Maschinen und anderen Gegenständen. (§ 19 Abs. 2 BauPolG).
- Für Maßnahmen, für die eine Baubewilligung im nicht vereinfachten (gewöhnlichen) Verfahren erteilt worden ist, besteht gem. § 17 Abs. 4 BauPolG die baubehördliche Überprüfungspflicht. Hinsichtlich dieser und aller anderen (insbesondere auch im vereinfachten Verfahren gemäß § 10 BauPolG) bewilligten und errichteten baulichen Anlagen, soweit diese vom Eigentümer gem. § 19 Abs. 1 BauPolG in einem den Bauvorschriften entsprechenden Zustand zu erhalten sind, unterliegt ihr Bauzustand und ihre Benützung der Aufsicht durch die Baubehörde. Den Organen der Baubehörde ist, um diese Aufsicht wahrnehmen oder die Übereinstimmung der baulichen Anlage mit der Baubewilligung, allenfalls noch nachträglich, überprüfen zu können, der Zutritt zur Liegenschaft und zu allen Teilen der baulichen Anlage und deren Untersuchung zu gestatten. Der Eigentümer oder dessen Bevollmächtigter, das von ihm bestellte Aufsichtsorgan (Hausbesorger) und die Bewohner oder Benützer sind verpflichtet, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen (§ 20 Abs. 1 und 2 BauPolG).
- Wer als Bauherr die Vollendung der baulichen Maßnahme, bei Bauten die Benützung von Bauten oder von Teilen von solchen nicht anzeigt, begeht eine Verwaltungsübertretung, die mit einer Geldstrafe von bis zu 4.000 € zu bestrafen ist. Eine Verwaltungsübertretung begeht auch, wer Bauten oder Teile von solchen vor vollständigeren Erstattungen der Anzeige nach § 17 Abs. 2 BauPolG benützt

<sup>1</sup> Diese Hinweise geben lediglich einzelne, baurechtliche Bestimmungen wieder, auf deren Inhalt seitens der Baubehörde besonders hingewiesen wird. Sie ersetzen nicht die Kenntnis aller anderen, mit diesem Verfahren verbundenen, baurechtlichen und bautechnischen Vorschriften durch Antragsteller bzw. Bauherrn, Bauführer und Bauausführenden